

MIB

DIE LINKE.

Stadtverband Leipzig

Mitteilungsblatt
Nr. 3 - 20. März 2012



DIE LINKE wählt Dr. Barbara Höll zur Oberbürgermeisterkandidatin

Am 27. Januar 2013 werden die Leipziger und Leipzigerinnen entscheiden, wer unsere Stadt bis ins Jahr 2020 führen soll. Der 27. Januar ist in der jüngeren Leipziger Geschichte ein überaus wichtiger Tag. Denn dann werden es genau fünf Jahre sein, dass die Leipzigerinnen und Leipziger gegen den Stadtwerkeanteilsverkauf an einen internationalen Konzern stimmten. Diesen erfolgreichen Bürgerentscheid hat DIE LINKE politisch entscheidend mit bestimmt.

Der derzeitige Oberbürgermeister versuchte 2008 Oberwasser zu bekommen, indem er nach seiner Niederlage nassforsch versprach, nun würde auf Jahre hinaus kein kommunales Eigentum privatisiert. Geschehen ist genau das Gegenteil und dagegen wenden wir uns entschieden und werden wir uns auch weiterhin entschieden wenden. Perdata war alles andere als ein Ruhmesblatt; ähnliches darf mit HL Komm und dem Wassergut Canitz auf keinen Fall geschehen.

Finanz- und Steuerpolitik sowie Gleichstellungspolitik wurden meine bevorzugten Arbeitsgebiete. Aus meiner langjährigen Kenntnis sowohl der Bundes- als auch der kommunalen Ebene ist in zwei Jahrzehnten ein unschätzbare politischer Erfahrungsschatz gewachsen, den ich als Leipziger Oberbürgermeisterin stets aufs Neue in die tägliche Politik einbringen möchte.

Als kommunalpolitische Schwerpunkte der LINKEN schälen sich mit Blick auf unsere Stadt nunmehr vier Themen heraus:

Die Solidarstadt:

Für mich steht der soziale und solidarische Zusammenhalt in Leipzig, das mittlerweile als bundesdeutsche Armuthauptstadt traurige Berühmtheit



erlangt hat, ganz oben auf der Agenda. Linke Politik an der Leipziger Verwaltungsspitze heißt für mich, sich stärker um die Menschen zu kümmern, die sich selbst nicht oder nicht in ausreichendem Maße helfen können.

Die Bürgerstadt:

Damit komme ich zweitens zur Bürgerstadt: Ich werde nicht nachlassen, den Leipzigerinnen und Leipzigern eine Stimme zu geben, damit diese sich aktiv in die Politikgestaltung unserer Stadt einbinden können. Und ich werde diejenigen unterstützen, die sich nicht jeden Tag Gehör verschaffen können oder die vielleicht schon resigniert und sich zurückgezogen haben. Ich werde ihnen Ihren Stolz, sich als Bürger/Bürgerin dieser tollen Stadt fühlen zu können, zurückgeben und sie aus ihrer unverschuldeten Einsamkeit und Zurückgezogenheit herausholen. Denn von ihnen hängt ganz besonders ab, ob die Stadt als Ganzes lebendig ist und ihre Vitalität bewahrt. Wir brauchen nicht noch ein weiteres fremdbestimmtes Denkmal für das, was gewesen ist, sondern endlich einen bürgerschaftlichen Dialog, was aus Einrichtungen werden soll, die den Leipzigern wirklich am Herzen liegen, wie z.B. dem Naturkundemuseum, der Muko oder dem Capa-Haus, das nur wenige Meter von hier entfernt steht.

Die Kulturstadt:

Und damit komme ich drittens zur Kulturstadt: Kultur ist kein Luxus, sondern ein Garant für Toleranz, Gemeinschaft und solidarisches Miteinander. Aus diesem Grund wird für mich als linke Oberbürgermeisterin Kultur immer ein zentrales Thema sein, das ich zu kei-

nem Zeitpunkt ausschließlich auf der Basis von Zahlen, Einnahmen, Kostensteigerung, Einsparpotenzial und Optimierungsszenarien diskutieren werde. Wie schon angedeutet, gibt es zwei zentrale Projekte im Bereich Kultur, die beide maßgeblich von uns LINKEN initiiert und vorangetrieben worden sind: der Ausbau der Musikalischen Komödie und der Umbau des Naturkundemuseums.

Ohne die LINKE würde es die Musikalische Komödie heute längst nicht mehr geben! Und auch das Naturkundemuseum hätte in diesem Jahr nicht mehr geöffnet, gäbe es nicht eine starke LINKE in unserer Stadt, die sich von Beginn an für den Weiterbetrieb des Hauses auch unter den erschwerenden Brandschutzaufgaben eingesetzt hat.

Die Wirtschaftsstadt:

Und damit komme ich viertens zu Leipzig als Wirtschaftsstadt: Ins Zentrum der Stadtpolitik gehören die kommunalen Unternehmen, die LWB und die Leipziger Messe ausdrücklich eingeschlossen. Wer über die Leipziger Wirtschaft spricht und die Messe vergisst, hat von dieser Stadt nichts, aber auch gar nichts verstanden.

Wenn es schon keine Zentralen großer deutscher Unternehmen bei uns gibt, müssen wir den eigenen Unternehmensbestand mit umso größerer Leidenschaft stärken und verteidigen und ihn nicht nur als Verfügungsmasse für die Erfüllung der einen oder anderen haushalterischen Auflage behandeln. Besuche bei allen LVV-Firmen haben

mir in den letzten Wochen und Monaten gezeigt, wie dringend diese Aufgabe ist.

Als LINKE haben wir nicht nur die städtischen Firmen im Blick, sondern orientieren uns ausdrücklich auf den Leipziger Mittelstand. Dazu gibt es ein von der AG Linke Unternehmer und mir verfasstes Positionspapier, das dem Stadtparteitag und dem gesamten Stadtverband dieser Tage zur Diskussion übergeben wird. Ich bin sicher, dass wir in dem Papier Antworten gefunden haben, die in der Unternehmerschaft unserer Stadt auf Widerhall stoßen werden.

Seit vielen Jahren kämpfe ich im Finanzausschuss und im Plenum des Bundestags für die Anliegen unserer Stadt, für eine bessere Finanzausstattung der Kommunen und für die Bereitstellung von Bundesmitteln auch zur Ko-Finanzierung von EU-Programmen.

Ihr werdet sicher verstehen, dass meine vier politischen Hauptthemen nicht sämtliche Bereiche der Stadtgesellschaft abdecken können. Vieles wäre beispielsweise zum Bereich Sport zu sagen, den Heiko Rosenthal, der erste linke Leipziger Bürgermeister seit nunmehr sechs Jahren großartig vertritt. Ich denke dabei an die rund 84.000 Leipzigerinnen und Leipziger, die organisiert Sport betreiben. Oder an die Vision einer Mitteldeutschen Wassersportregion, die sich touristisch vermarktet, gewerblich-maritim entwickelt und im Hotellerie- und Gastgewerbe neue zu-

kunftssichere Arbeitsplätze entstehen lässt. Dafür muss investiert werden, aber ohne die Sanierung vorhandener Anlagen zu vernachlässigen.

Daher meine Forderungen:

- Leipzig braucht eine verlässliche Kommunalpolitik.
- Leipzig muss aus einem verordneten politischen Tiefschlag aufwachen.
- Leipzig muss sein Verhältnis zum Freistaat ordnen.
- Und Leipzig muss durch überzeugendes Verwaltungshandeln aus der Skandalecke von KWL-Spekulationen sowie herrenlosen Grundstücken im Sachsen-Sumpf herausgeholt werden. Für all diese Ziele stehe, arbeite, kämpfe und werbe ich!

Abschließend meine Entschlüsselung für **DIE LINKE**. Demokratie, Integration, Emotion: **Leipzig In Neuen Konturen Entwickeln!**

Dr. Barbara Höll

Aus der Rede der Oberbürgermeisterkandidatin. Die komplette Rede von Dr. Barbara Höll, wie auch von Dr. Ilse Lauter sind im Internet unter www.dielinke-leipzig.de nachzulesen

Wahlergebnisse

der Besonderen Vertreterversammlung am 9. März zur Wahl der Oberbürgermeisterkandidatin:

89 abgegebene Stimmen

Dr. Barbara Höll 48 Stimmen (53,9 %)

Dr. Ilse Lauter 40 Stimmen (44,9 %)

Enthaltungen 1 Stimme (1,2 %)

Bundespräsidentenwahl 2012 - Joachim Gauck: Klappe, die Zweite

Was sich da in den letzten 3 Monaten zum Thema Christian Wulff in den vielen Zeitungen und TV-Sendern abspielte, war schier unglaublich. Zwar ist es vornehmste Aufgabe der Medien (siehe Art. 5 GG) zu recherchieren und zu berichten, wenn es bei Amtsträgern Ungereimtheiten oder mutmaßlich Verfehlungen gibt. Die hysterische Art und Weise wie dies bei Christian Wulff geschah und welcher brutaler Tonfall herrschte bei vergleichsweise eher

überschaubaren Vorwürfen, lässt tief blicken in einen medialen Abgrund, wo sich Spiegel und BILD sowie ARD und RTL gemeinsam im Schlamm suhlten. Nun also, am 17. Februar hatte Wulff das Handtuch geworfen. Es gab noch ein bisschen medialen Krawall um sein Ruhestandsgeld, aber die eben noch im Raum stehenden Vorwürfe um vermuteten Amtsmissbrauch waren ganz plötzlich uninteressant geworden. Die Hetzjagd war vorbei; der Wulff erlegt; schnell auf zum nächsten Thema.

Dass nun SPD und Grüne erneut Joachim Gauck als Kandidaten vorschlugen, ist einigermaßen verwunderlich, denn im Gegensatz zu 2010, stand

diesmal zu befürchten, dass er auch wirklich gewählt werden würde. Denn in Wahrheit ist Gauck ein zutiefst konservativ reaktionärer Mensch, dem die politischen Inhalte von SPD und Grünen kein bisschen auch nur irgendwie nahe stehen. Eher noch nachvollziehbar ist, dass sich die FDP am Tage nach Wulffs Rücktritt ebenfalls schnell für Gauck aussprach, redet er ihr doch sehr das Wort mit seinen Ansichten über Sozialpolitik wenn er sagt: "Wir müssen uns nicht fürchten, auch in den Problemzonen der Abgehängten Forderungen zu stellen". Und meint dabei, sie sollen endlich ihren A.... hochkriegen, die Armen. Aber doch sehr sehr erstaunlich

Eine Straße mit Namen Rolf Axen

Im ehemaligen Industrie- und Arbeiterbezirk Leipzig-Südwest gibt es im Ortsteil Kleinzschocher die Rolf-Axen-Straße. Viele Bürger gehen täglich am Namensschild dieser Straße vorbei.

Die wenigsten Menschen heute wissen etwas über die Person Rolf Axen, dessen Namen diese Straße trägt.

Wer war er? Diese Frage stellten wir uns, die GenossInnen des Ortsverbandes Leipzig-Südwest der Partei DIE LINKE. Rolf Axen lebte mit seiner Familie im Haus Nr. 1. Er war ein junger Mensch, aus einer jüdischen Familie stammend, der sehr früh aus dem bürgerlichen Elternhaus ausbrach und sehr jung den Weg in die Reihen der SAJ fand und danach schnell Funktionär der KPD wurde. Er arbeitete nach der Machtübernahme der Nazis illegal, knüpfte Kontakte und half Verfolgten bei der Flucht. Er wurde mit der Leitung des Widerstandes in Ostsachsen beauftragt. Am 23. September 1933 fiel er der Gestapo in die Hände. Trotz Folter und Verhör im Dresdner Polizeigefängnis verriet er seine Genossen nicht und wurde daraufhin am gleichen Tag hingerichtet.

Auch heute werden die Menschen wieder mit rechtsgerichtetem Gedankengut konfrontiert. Junge Menschen sowie ältere Menschen treten nazistischen Parolen und Entwicklungen entgegen. So gelang es den Neonazis nicht, in Leipzig, Dresden und anderen Städten Fuß zu fassen.

Das war der Grund, warum wir Genossen sagten: „Das Straßenschild Rolf Axen benötigt ein Unterschild.“ Die Bürger sollen erfahren, wer dieser Mensch war.



Zur Einweihung des Unterstraßenschildes anlässlich des 100. Geburtstages am 8. Februar 2012, es war einer der kältesten Tage des Winters, versammelten sich Genossinnen und Genossen unseres Ortsverbandes und Freunde, ehemalige Mitglieder der früheren FDJ-Gruppe Rolf Axen. Es war ein freudiges Wiedersehen alter Jugendfreunde aus den 50er und 60er Jahren. Gedanken,

Erinnerungen und Erlebnisse wurden ausgetauscht. Aber auch Bürger – junge wie ältere – blieben stehen, gesellten sich zu uns, fragten und machten sich mit dem Straßennamen Rolf Axen

bekannt.

Das war und ist unser Anliegen gewesen. In unserer heutigen Zeit darf man die Geschichte nicht vergessen oder anders darstellen. Die junge Generation muss sie kennen, damit die Menschen die gesellschaftliche Entwicklung besser erkennen, beeinflussen und verändern können.

Martina Schneider

war für mich, dass sich Angela Merkel am längsten zierte, den Kandidaten Gauck zu dem ihren zu machen. Erst am 2. Tag nach Wulffs Rücktritt entschloss sich die Bundeskanzlerin, dem Drängen von FDP, SPD und Grünen nachzugeben. Ihr war wohl inzwischen klar geworden, wie perfekt Joachim Gauck passte. Kann er doch die, in ihrer CDU schmerzlich vermisste, erzkonservative Flanke endlich bedienen.

Und Themen ansprechen, die für Berufspolitiker im Zeichen der political correctness heutzutage absolut tabu sind: die Protestbewegung Occupy Now (kapitalismuskritische Demonstrationen weltweit) als "unsäglich albern"

diffamieren, die Montagsdemos gegen Schröders Hartz-IV-Reform als "töricht und geschichtsvergessen" bezeichnen, sich über Thilo Sarrazins Thesen zu Migration freuen und sie als „mutig“ feiern, den deutschen Afghanistan-Kriegseinsatz begrüßen und behaupten damit „könne man Gutes tun für die Menschen in Afghanistan“, als fundamentaler Antisozialist den Sozialismus als Gegensatz zu Demokratie brandmarken, die Abtretung der Ostgebiete 1945 und die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze 1950 als „Verlust der Heimat... und grobes Unrecht durch die Kommunisten“ kritisieren und nahezu ständig die NS-Verbrechen mit ei-

ner Gleichsetzung zum Kommunismus in Bezug auf die DDR relativieren.

Tja, wenn die Kandidatensuche nicht mehr politisch sondern nur noch taktischer Natur ist (wen kann man am besten ärgern ...) und Medien leider der Versuchung erliegen, einen Nicht-Politiker für einen per se besseren Menschen zu halten, dann kommt es, wie es kommen muss. Nach der Wahl Joachim Gaucks zum Bundespräsidenten, nach seiner Antrittsrede, werden viele seiner Unterstützer einen großen Schreck bekommen.

Rico Gebhardt, Landesvorsitzender

AG Soziale Politik im Dialog

Am 10. Januar war 2012 eröffnete die AG Soziale Politik den Reigen zum obligatorischen Dialog mit dem Stadtvorstand.

Nach einer gemeinsamen Sitzung zog es die gesamte aktive Mitgliedschaft der AG unter das Dach des Liebknechtshauses um dem Stadtvorstand Rede und Antwort zu stehen und über vergangene und künftige Aktivitäten zu berichten.

Die AG Soziale Politik setzte den Meinungsaustausch mit der Fraktion im Stadtrat zu sozialen Schwerpunkten in Leipzig 2011 konsequent fort. Die Gestaltung der Zusammenarbeit AG und Fraktion ist insbesondere durch das Wirken von Pia Witte als sozialpolitische Sprecherin der Stadtratsfraktion sehr konstruktiv.

Die AG wirkte aktiv in regionalen wie überregionalen Netzwerken, wie zum Beispiel APRIL-Netzwerk, Sozialticket-Initiativen, ABSP, BAG Hartz IV sowie Gewerkschaften, Friedensinitiativen und antifaschistischen Aktionen.

Der Austausch der Arbeitspläne und Aktivitäten mit AGs und IGs innerhalb des Stadtverbandes wird auch im 7. Jahr nach Gründung der AG gepflegt.

Die Fortsetzung der Veranstaltungsreihe „Die Gewerkschaften heute“, Aktionen zu sozialen Schwerpunkten (Kinderarmut, Altersarmut, Gesundheitspolitik, Wohnungssituation, Kos-

ten der Unterkunft usw.), Mahnwachen an den Stolpersteinen

Unterstützung von Acampada Leipzig, Proteste gegen Fahrpreiserhöhung, Gründung der Bürgerinitiative „Sozialtarif Strom und Gas“, aktive Teilnahme an „Leipzig nimmt Platz“ und „Dresden Nazifrei“, Unterstützung von Bürgerbegehren „KITA-Kürzungen stoppen“ sind nur ein Teil der vielfältigen Aktivitäten der AG Soziale Politik.

Auch im neuen Jahr und mit neuen Sprechern wird die AG stets den Finger in die sozialen Wunden legen, die der neoliberale Staatskapitalismus mit zunehmender Härte schlägt.

Unser Arbeitsplan sieht unter anderem vor:

Januar:

- Die Gesundheitspolitik und deren Auswirkungen auf den sozialen Bereich
- Aktivierung der Arbeit der Bürgerinitiativen zu Sozialstrom und Sozialticket

Februar:

- Die Finanzmarktkrise = systemische Spaltung der Gesellschaft?
- Welche Instrumente / welche Reaktionsoptionen bietet linke Politik.

März:

- Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen; öffentlicher Beschäftigungssektor Leipzig - Betrachtung der diesbezüglichen

Arbeit unserer Fraktion im Stadtrat

April:

Die Sanktionspolitik der Jobcenter in Leipzig. Welche Ziele werden mittels Sanktionierung verfolgt? Welchen Nutzen bringen Sanktionen (Mittel-/Zweckrelation)? Welche Möglichkeiten hat man, sich gegen Sanktionen zu wehren? Offene Diskussion.

Mai:

Die Gesundheitspolitik und deren Auswirkungen auf den sozialen Bereich, sowie als Unterpunkt dazu, die linke Drogenpolitik. (als öffentliches Forum)

Juni:

Der Rotstift im Sozialbereich unserer Stadt, Kürzungen bei freien Trägern, Abbau der städtischen Förderung, Beteiligung der finanziell Schwachen an den Kosten einer „sozialen Stadt“

Geeignete Referenten sowie ein angemessener Veranstaltungsrahmen werden je nach Relevanz und Aktualität organisiert.

Das aktuelle Tagesgeschäft bleibt durch den Arbeitsplan unberührt.

Weitere Informationen zur AG Soziale Politik unter <http://agsozialepolitik.blogspot.de/>

Maren Müller

Frauenfrühstück am 8. März im Wahlkreisbüro

Nicht nur Frauen kamen zum alljährlichen Frauentagsfrühstück ins Wahlkreisbüro von Dr. Barbara Höll und Dr. Monika Runge.

Drei charmante Genossen begrüßten die Frauen mit Blumen und Glückwünschen.

Bei den von den Mitgliedern der „Freitagswerkstatt erzählen und schreiben - Verein DIALOG“ servierten „literarische Kostproben“ wurden nicht nur die Sitzplätze, sondern auch schnell die Kaffeetassen knapp.

Steffen Klötzer



Zum menschenwürdigen Umgang mit drogenabhängigen Bürgern und der Überwindung ihrer Kriminalisierung

So lautete der doch recht anspruchsvolle Titel einer Diskussion im Rahmen der Mitgliederversammlung der Basisgruppe „Völkerfreundschaft“ in Leipzig-Grünau.

Als Gast war Frau Sylke Lein, Suchtauftragte der Stadt Leipzig, eingeladen. In ihrem Vortrag erklärte sie das System der Suchthilfe in Leipzig mit seinen vielen Angeboten. So werden von den Einrichtungen der Suchthilfe von der ambulanten Hilfe bis hin zum Angebot von Schlafplätzen für wohnungslose Drogenkonsumenten die Hilfe bedarfsgerecht unterbreitet. Wichtig ist in allen Fällen aber, dass die Angebote niederschwellig angeboten werden, um den Betroffenen den Einstieg in die Hilfe zu erleichtern.

Leider wird aber durch die Hilfsangebote nur ein Teil der Suchtkranken erreicht. Gerade im Bereich des Alkoholmissbrauchs wird das Problem

lange verdrängt und zum Teil auch von der Umwelt akzeptiert. Auf Nachfrage stellte Frau Lein aber auch klar, dass eine Behandlung gegen den Willen des Suchtkranken nicht stattfinden kann, so lange er keine Gefahr für sich selber oder andere darstellt.

Einen wichtigen Teil der Suchthilfe stellt nach den Ausführungen von Frau Lein die aufsuchende Straßensozialarbeit dar. So konnte in einem Modellprojekt in Alt-West durch die aufsuchende Straßensozialarbeit bei der sich im öffentlichen Raum befindliche Trinkerszene erstaunliche Erfolge erzielen werden. Sowohl Polizei, als auch Ordnungsamt, die Gewerbetreibenden vor Ort und die Anwohner würden den großen Erfolg der Sozialarbeit bestätigen.

Ziel sei es nunmehr, diese erfolgreiche Straßensozialarbeit auch auf andere Brennpunkte der Stadt auszuweiten, zum Beispiel auch auf Grünau, wo sich

rund ums PEP und dem Allee-Center ebenfalls eine offene Trinkerszene etabliert hat. Leider steht jedoch der Ausweitung des Programms noch die Frage der Finanzierung entgegen. Hier ist noch einiges an Überzeugungsarbeit in den zuständigen Gremien notwendig.

In der Diskussion nach dem Vortrag zeigte sich, dass Diskussionsbeiträge zum großen Teil emotionsgeladen vorgetragen wurden. Pia Witte konzentrierte sich deshalb in ihrem Beitrag darauf hinzuweisen, dass man das Thema Drogenpolitik sachlich und zielorientiert diskutieren muss. In diesem Zusammenhang erläuterte sie dann auch die Eckpunkte der Drogenpolitischen Leitlinien linker Politik.

Zum Schluss waren sich alle einig, dass uns das Thema die nächsten Monate noch weiter beschäftigen wird.

Naomi-Pia Witte

Leipzig Sachsens Armutshauptstadt, Chemnitz deutsche Seniorenhauptstadt, Dresden geht's am besten

Zur Vorstellung der Studie „Die ungleichen sächsischen Schwestern – ein Sozialvergleich zwischen Chemnitz, Leipzig und Dresden“ erklärt der stellvertretende Vorsitzende und sozialpolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Dr. Dietmar Pellmann:

Leipzig bleibt mit großem Abstand die sächsische Großstadt mit den gravierendsten sozialen Problemen, also die sächsische Armutshauptstadt. Daran wird sich auch in absehbarer Zeit nichts ändern, denn auch in den letzten fünf Jahren seit unserer ersten Vergleichsstudie haben sich die Gewichte kaum verschoben. Chemnitz ist zwar die deutsche Großstadt mit der deutlich ältesten Bevölkerung, die deutsche Seniorenhauptstadt, hat aber hinsichtlich wichtiger sozialer Bereiche in den letzten Jahren aufgeholt. Dresden hat weiterhin die günstigste Entwicklungsperspektive, selbst wenn auch hier die Zahl derer, die als arm gelten, zugenommen hat.

Leipzig ist die Stadt mit dem höchsten Anteil an Schulabsolventen ohne Abschluss mit 3.300 zwischen 2005 und 2010, in Chemnitz waren es 1.200, in Dresden 2.100. Leipzig hat die höchste Zahl von Hartz-IV-Betroffenen, Chemnitz seit 2005 mit Abstand den stärksten Rückgang an Menschen, die von Hartz IV abhängig sind. Interessanterweise liegt Chemnitz bei der Kategorie „verfügbares Einkommen“ noch vor Dresden an der Spitze der sächsischen Metropolen.

Die Bundestagsabgeordnete aus Leipzig, Dr. Barbara Höll (DIE LINKE), fügt hinzu:

Leipzig hat ein um 3.000 Euro pro Einwohner niedrigeres Bruttoinlandsprodukt als Dresden, erreicht auch das Niveau von Chemnitz nicht und ist auf Grund seiner Haushaltslage am wenigstens in der Lage, soziale Verwerfungen durch den Einsatz kommunaler Mittel abzufedern. Zur ohnehin angespannten Leipziger Haushaltslage (1.400 Euro Verschuldung des Kernhaushaltes pro

Einwohner) kommen wesentlich höhere Sozialausgaben: Sie liegen in Leipzig bei 25, in Chemnitz bei 19 und in Dresden bei 17 Prozent des Gesamthaushalts 2010, das waren in Leipzig 2010 insgesamt 90 Millionen Euro mehr als in Dresden.

Insbesondere von Leipzig, aber auch von Chemnitz, muss massiver Widerstand gegen die Benachteiligung ausgehen. Denn zu einer ausgewogenen Landesentwicklung gehört eine gerechte Verteilung von Fördermitteln, unabhängig davon, wer gerade die Funktion des Oberbürgermeisters oder Landrates besetzt. Es bedarf eines Leitbildes für Sachsen, das unter Mitwirkung aller Regionen entsteht. Dresden hat zwischen 2006 und 2010 mehr als 150 Millionen Euro Steuern mehr eingenommen als Leipzig – hier muss Landespolitik ausgleichend steuern, im Sinne gleichwertiger Lebensverhältnisse. Tatsächlich sind zwischen 2006 und 2010 mehr als 900 Millionen Euro Fördergelder mehr nach Dresden als nach Leipzig geflossen.

Keine neuen Erkenntnisse gewonnen – Kriminalität bleibt weiterhin zu hoch

Welche neuen Erkenntnisse bringt uns die jüngst vorgelegte Kriminalstatistik? Leipzig ist Kriminalitätshochburg in Sachsen, keine neue Erkenntnis. Leipzig hat ein Problem mit illegalen Drogen, auch hier wiederholen sich die Ausführungen des Polizeipräsidenten. Wenn man sich die Statistik zu den Drogendelikten anschaut, so weist diese einen Anteil von 2,3 % an allen Straftaten aus. Über weitere Zusammenhänge von Straftaten und Drogen stellt Herr Wawrzynski „Vermutungen“ an. Nach unserer Auffassung nützen Vermutungen wenig, wenn sie nicht belegbar sind. Gerade ein Polizeipräsident sollte es unterlassen, damit Politik zu machen. Das führt nicht zur Senkung der Kriminalität, sondern vielmehr zu weiteren Spannungen in der Stadtgesellschaft. Wir hätten uns vielmehr auch einen kritischen Blick

in Richtung Innenministerium gewünscht. Bereits Anfang vergangenen Jahres sah die Fraktion DIE LINKE in der Debatte der anstehenden Polizeistrukturereform den Optimismus von Polizeipräsident Wawrzynski kritisch. Von der gesamten Reform sollten die Bürgerinnen und Bürger nichts merken. Wie das praktisch funktionieren soll, wenn Tausende Polizeistellen abgebaut und etliche Reviere geschlossen werden, bleibt leider das Geheimnis des Polizeipräsidenten. Wenn man sich die Gesamtkriminalität in Leipzig in den letzten 10 Jahren anschaut, blieb diese nahezu konstant. Auch DIE LINKE sieht die Kriminalität in Leipzig als Problem an. Die Zahlen sind deutlich zu hoch. Nur wie wir dieses Problem lösen können, da gehen unsere Vorstellungen und die der Polizei deutlich auseinander. In jedem Fall, und auch hier sollte sich der

Polizeipräsident stark machen, darf es zu keinem weiteren Personalabbau bei der Polizei in Sachsen und damit auch in Leipzig kommen. Das Netz der Polizeireviere darf nicht weiter ausgedünnt werden. Denn wie sollen künftig weniger Beamte eine größere Zahl Straftaten erfassen und aufklären? Ein weiterer Blick in die Statistik zeigt, dass der wachsende Anteil tatverdächtiger Kinder und Jugendlicher und die Zunahme in bestimmten Deliktgruppen, wie Diebstahl oder Einbrüche in Wohnungen und Gartenanlagen, ein Indiz dafür ist, dass in den Bereichen Prävention und Präsenz vor Ort keine Einsparungen mehr möglich sind. Ganz im Gegenteil, der Bereich der Prävention sollte im Zusammenwirken mit der Stadt gestärkt und ausgebaut werden.

Sören Pellmann
Sprecher für Ordnung und Sicherheit

Linksfraktion beschloss Spendenmittel in Höhe von 1.850 Euro

Erneut vergab die Fraktion DIE LINKE Spendenmittel für verschiedene Projekte. Sie beschloss im Februar Mittel in Höhe von insgesamt 1.850 Euro. Die Initiative ist eine Reaktion auf einen Stadtratsbeschluss zur Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Stadträtinnen und Stadträte aus dem Jahre 2000. Sie wurde von der damaligen PDS-Fraktion abgelehnt. Mit einem monatlichen Beitrag haben seither die Fraktionsmitglieder in einen speziellen Spendefonds eingezahlt, aus dem zweimal jährlich

Projekte aus den Bereichen Soziales und Gesundheit, der örtlichen Jugendhilfe und Kulturarbeit, des Kinder- und Jugendsports sowie der Mädchen- und Frauenarbeit unterstützt werden. Die von der Linksfraktion geförderten Projekte sind u. a.:
das Leipziger Erwerbslosenzentrum (LEZ) e. V. zur Unterstützung der inhaltlichen Arbeit;
die Kontakt- und Beratungsstelle für Migrantinnen und Migranten „Salve“ für die interkulturelle Arbeit und für ein Projekt zum

Spracherwerb;
der MEHRWEG e. V. für ein Fahrradprojekt für Kinder mit Sehbehinderungen;
der Rote Stern Leipzig e. V. für die Renovierung von Umkleidemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen;
der Förderverein des Nikolaigymnasiums für die Unterstützung der Feierlichkeiten anlässlich des 500-jährigen Jubiläums der Schule.

Rüdiger Ulrich
Geschäftsführer

LINKE aus Leipzig und Halle: Wir brauchen eine Metropolregion zum Anfassen

LINKE aus Leipzig, Halle und darüber hinaus bemühen sich schon seit Längerem, die Idee der Metropolregion in der Kommunalpolitik ihrer Kommunen zu verankern. Bis heute mit nur geringem Erfolg. Nach 15 Jahren und zwei Anläufen hat der überwiegende Teil der „Metropolitane“ noch nicht einmal Kenntnis davon, dass es solch ein Konstrukt gibt. Zwei Entscheidungen der letzten Zeit verbreiten neue Hoffnungen. Nach Jahren des Vagabundierens soll die Geschäftsstelle jetzt in Leipzig ihre Heimstatt finden. Das ist gut so, findet DIE LINKE. Denn Halle und Leipzig sind ganz objektiv das Zentrum der Metropolregion; sie profitieren auch am meisten von einer solchen Entwicklung. Wesentliche Impulse müssen zukünftig von hier ausgehen. Mit dem Jenaer Oberbürgermeister Dr. Schröter hat der momentan entschiedenste Verfechter einer mitteldeutschen Metropolregion die Zügel in die Hand genommen.

Aus Sicht der LINKEN braucht es seitens

der Landespolitik mehr als nur Lippenbekenntnisse. Auch ohne eine Länderfusion vor Augen gilt es, bestimmte Entwicklungen aufeinander abzustimmen und zu synchronisieren. Es geht weder heute noch morgen um konkrete Termine; es geht um das Offenhalten von Entscheidungsspielräumen für die kommenden Generationen.

DIE LINKE sieht folgende Schwerpunkte:
Von den Oberzentren in die Fläche.

Die Metropolregion mit der Initiative mitteldeutscher Städte institutionell verknüpfen. Die Menschen mitnehmen – die Vielfalt der Metropolregion und ihrer Natur erkunden und genießen.

Mit den gemeinsamen Institutionen und Projekten – MDR, MDV, Flughafen Leipzig/Halle – den Metropolgedanken aufgreifen, ihn verbreiten und pushen.

Landesgrenzen überschreitende Zusammenarbeit und gemeinsame kommunale Aktivitäten landespolitisch unterstützen. Gemeinsame EU-Projekte auf den Weg

bringen.

Metropolregion zum Anfassen – für jeden erlebbar werden lassen – durch den MDV

Auf dem Territorium der heutigen Metropolregion sind zahlreiche historisch bedeutsame Personen geboren worden; so mancher hat hier seine letzte Ruhestätte gefunden. Hervorragende Künstler, Ärzte, Wissenschaftler, Techniker und Politiker haben in Leipzig, Halle oder Jena studiert oder gewirkt. So manche revolutionierende technische Erfindung wurde hier gemacht. Hier gilt es anzuknüpfen. Aber eine Metropolregion bekommt man nicht auf dem Tablett serviert. Noch sind keine Pflöcke unverrückbar eingeschlagen worden, wir haben noch weitgehende Handlungsspielräume. DIE LINKE ist bereit, sich und ihre konzeptionellen Gedanken einzubringen.

Dr. Ilse Lauter
MdL Swen Knöchel (Halle)
MdL Dr. Uwe-Volkmar Köck (Halle)

Tipps und Veranstaltungen

Beratung der Ortsvorsitzenden und Sprecher der Zusammenschlüsse

3. Dienstag, 18:30 Uhr

AG Antifa

mittwochs, 19:00 Uhr, linxxnet

AG Behindertenpolitik

3. Dienstag, 15:00 Uhr, Wahlkreisbüro MdL Dr. Pellmann, Stuttgarter Allee 16

AG Betrieb & Gewerkschaft

2. Donnerstag, 18:30 Uhr

AG Cuba si

2. Dienstag, 18:00 Uhr

AG Frieden und Gedenken

1. Freitag, 15:00 Uhr

AG Junge GenossInnen

1. Mittwoch, 18:30 Uhr

AG Kunst und Kultur

letzter Donnerstag, 18:00 Uhr

AG Linke UnternehmerInnen

3. Samstag, 10:00 Uhr, Bürgerbüro MdB Dr. Höll und MdL Dr. Runge, Gorkistraße 120

AG Lisa

2. und 4. Montag, 18:00 Uhr

AG Senioren

1. Donnerstag, 9:00 Uhr

AG Soziale Politik

1. Dienstag, 18:00 Uhr, LHL.

GBM e. V. – Sprechstunden

1. Montag, 9:15 bis 11:15 Uhr

GRH e. V. – Sprechstunden

3. Mittwoch, 15:00 Uhr

ISOR e. V.

4. Mittwoch, 16:00 Uhr, Str. d. 18. Okt.

Linksjugend - Plenum

1. Donnerstag, 18:00 Uhr

3. Donnerstag, 18:00 Uhr (Stammtisch)

Ökologische Plattform

1. Mittwoch, 19:00 Uhr

Marxistisches Forum

1. Dienstag, 18:00 Uhr

Rentenberatung

nach telefonischer Vereinbarung

Die Linke.SDS

mittwochs, 19:00 Uhr, Geisteswissenschaftliches Zentrum, Raum 2.116, Beethovenstraße 15

Stadtvorstandssitzung

jeden 2. Dienstag, 19:00 Uhr

Alle Veranstaltungen ohne Ortsangabe finden im Liebknecht-Haus (LHL) statt. Das linxxnet befindet sich in der Bornaischen Straße 3 d. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) hat ihren Sitz in der Harkortstraße 10.

Mi., 21. März 2012 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: „Zur Bildungsmisere in Sachsen und die Vorschläge der Linkspartei“ mit MdL Cornelia Falken, Stadtteilzentrum Messemagistrale, Straße des 18. Oktober 10 a.

Do., 22. März 2012 - 18:00 Uhr

Dokumentarfilm: „Liebt mich, bitte!“ Dokfilm, Russland 2010. Russische Rechtsextremisten morden Journalistin und Rechtsanwältin. Im Anschluß an den Film Gespräch mit Journalistin und Filmemacherin – im Rahmen Internationaler Woche gegen Rassismus in Leipzig, LHL.

Sa., 24. März 2012 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: „The Corporation“. Der Eintritt ist frei. LHL.

Do., 29. März 2012

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Di., 3. April 2012 - 18:00 Uhr

Marxistisches Forum: Buchvorstellung: Interessen und Intrigen: Wer spaltete Deutschland? Mit dem Autor Herbert Graf. LHL.

Mi., 4. April 2012 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Carola Lange, Bürgerverein Volksmarsdorf, Konradstraße 60 a.

Do., 5. April 2012 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Der Altenbericht der Bundesregierung 2011, Chancen und Perspektiven der Rentenentwicklung, LHL.

Di., 10. April 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Volker Külöw und Stadträtin Naomi-Pia Witte, Stadtteilladen Leutzsch, Georg-Schwarz-Straße 122.

Do., 12. April 2012 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Mo., 16. April 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Di., 17. April 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit Stadträtin Carola Lange, Bürgerverein Paunsdorf, Goldsternstraße 46.

Mi., 18. April 2012 - 18:00 Uhr

Bildungsabend: „Arabischer Frühling – wie weiter?“ zum Bildungsabend ein. Diskussionspartner: Hassan Zeinel Abidine, Ehrenvorsitzender der Gesellschaft für Völkerverständigung, Sprecher des Leipziger Koordinierungskomitees „Solidarität mit dem syrischen Volk“ Stadtteilzentrum Messemagistrale, Str. des 18. Oktober 10a.

Do., 19. April 2012 - 18:00 Uhr

Luxemburg in Schönefeld: Ein Jahr Umweltzone – Ergebnisse und Aussichten. Bürgerbüro MdB Dr. Barbara Höll und MdL Dr. Monika Runge, Gorkistraße 120.

Do., 19. April 2012 - 18:00 Uhr

Diskussionsabend des Stadtbezirksverbands Leipzig-Nord zum Thema: „Die Bundeswehr – wohin geht sie?“ Es referiert und diskutiert mit uns Hauptmann a.D. i.R. Joachim Wohlfeld. Vortragssaal der Urania, Lützowstraße 3 a.

Sa., 21. April 2012 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: „Adams Äpfel“. Der Eintritt ist frei. LHL.

Do., 26. April 2012 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung mit

MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Mi., 2. Mai 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde mit MdL Dr. Volker Külöw und Stadträtin Naomi-Pia Witte, Cafe Lindex, Lindenauer Mark.

Mi., 2. Mai 2012 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde in Volksmarsdorf mit Stadträtin Carola Lange. Bürgerverein Volksmarsdorf, Konradstraße 60 a.

Do., 3. Mai 2012 - 9:00 Uhr

Beratung der AG Senioren: Film über Dr. Hans Modrow, LHL.

Do., 10. Mai 2012 - 19:00 Uhr

Politik braucht Phantasie! Mit Prof. Dr. Barbara Kirchner, Dietmar Dath & Sahra Wagenknecht Moderation: Martin Hatzius, Feuilleton „neues deutschland“. Eine Veranstaltung von sds.dielinke Leipzig in Medienpartnerschaft mit den Verlagen „neues deutschland“ und dem Suhrkamp-Verlag Universität Leipzig, Campus, Hörsaal 8.

Sa., 12. Mai 2012 - 20:00 Uhr

Filmabend der AG Junge GenossInnen. Gezeigt wird der Film: „Birkenau und Rosenfeld“. Der Eintritt ist frei. LHL.

Mo., 14. Mai 2012 - 16:00 Uhr

Bürgersprechstunde in Grünau mit Stadtrat Sören Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Do., 24. Mai 2012 - 15:00 Uhr

Bürgersprechstunde und Sozialberatung in Grünau mit MdL Dr. Dietmar Pellmann, Wahlkreisbüro Grünau, Stuttgarter Allee 16.

Mi., 6. Juni 2012 - 17:00 Uhr

Bürgersprechstunde in Volksmarsdorf mit Stadträtin Carola Lange, Bürgerverein Volksmarsdorf, Konradstraße 60 a.



Frauen im Bundestag

Für DIE LINKE standen am 8. März, dem Internationalen Frauentag, ausschließlich Frauen am Redepult des Bundestages. "Wir sind somit die erste reine Frauenfraktion in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland", sagte die frauenpolitische Sprecherin Yvonne Ploetz. Die männlichen Abgeordneten machten ein Tagespraktikum in so genannten Frauenberufen. In ihrer Rede forderte Yvonne Ploetz, dass der Aufstieg von Frauen in Führungspositionen endlich eine Selbstverständlichkeit sein müsse. "Doch so lange das so nicht ist, lassen wir uns in unserer Forderung nach einer 50-Prozent-Quote nicht beirren!"

DIE LINKE.
LANDESVERBAND SACHSEN
LAG Kultur

Kulturkonvent

Kultur – Demokratie – Emanzipation

Veranstaltung des Landesverbandes Sachsen in Medienpartnerschaft mit der Tageszeitung *neues deutschland* und Radio *BLAU, freies Radio für Leipzig*

Sonnabend, 21. April 2012, 10–17 Uhr,
Leipziger Central Kabarett, Markt 9, 04109 Leipzig

Kultur kann die Konflikte dieser Welt nicht lösen. Die sächsische LINKE begreift aber Kultur als wichtige Ressource, die Gesellschaft kritisch zu reflektieren und auf ihre demokratische und emanzipatorische Veränderung zu drängen. Kultur ist „ein Mittel, den gesellschaftlichen Wandel vor Ort zu bewältigen und zu gestalten, in ihm Ideen und Visionen für Gegenwart und Zukunft zu generieren und kommunikative Räume zu eröffnen“ (Kristina Volk). Diese Kraft des kulturellen Handelns, die Potenziale der kulturellen Intervention, speziell in Sachsen auszuloten, steht im Mittelpunkt des Konvents. Dabei werden die unbestrittenen Stärken, aber auch die Defizite und Schwächen der Kulturpolitik der sächsischen Staatsregierung, unter die Lupe genommen, um unsere entsprechenden programmatischen Dokumente im Dialog mit ganz unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren aus der sächsischen Kulturlandschaft weiter zu qualifizieren.

PROGRAMM

- 10.00 Uhr: „Der gemeine Sachse“: Politisches Kabarett mit Meigl Hoffmann und Karsten Wolf am Piano
- 10.20 Uhr: Begrüßung: Rico Gebhardt, Landesvorsitzender
- 10.30 Uhr: Grußwort: Michael Faber, Kulturbürgermeister der Stadt Leipzig
- 10.40 Uhr: Eröffnungsbeiträge:
Luc Jochimsen (MdB): Kultur für Alle
Dr. Volker Külöw (MdB): Vorstellung der Kulturpolitischen Leitlinien
- 11.30 Uhr: Vier Diskussionsforen: 1. Kultur und Arbeit 2. Kultur und Erbe 3. Kultur und Geld 4. Kultur und Provinz
- 13.00 Uhr: Mittagspause
- 13.45 Uhr: Podiumsdiskussion u.a. mit:
Prof. Dr. Helmuth Albrecht (Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates für Sächsische Industriekultur);
Dr. Bernhard Helmich (Generalintendant Die Theater Chemnitz);
Jayne-Ann Igel (Schriftstellerin, Sprecherin der LAG Kultur DIE LINKE. Sachsen);
Meigl Hoffmann (Kabarettist); Dr. Jürgen Ohlau (Präsident des Sächsischen Kultursenats)
- 15.30 Uhr: Lesung und Gespräch mit Daniela Dahn
- 17.00 Uhr: Ende

Für die schnelle,
unaufschiebbare
Beratung:

Hartz IV

Notruftelefon

01578 – 352 20 14

Mo. bis Sa.

8:00 bis 20:00 Uhr

Impressum:

Herausgeber: DIE LINKE. Stadtvorstand Leipzig,
Braustraße 15, 04107 Leipzig,
Fon: 0341/14 06 44 11
Fax: 0341/14 06 44 18
web: www.dielinke-leipzig.de
email: vorstand@die-linke-in-leipzig.de

Spendenkonto: Sparkasse Leipzig,
Konto: 11 25 50 42 22
BLZ: 860 555 92

Redaktion: Steffi Deutschmann
Christine Halle
Andreas Kermer
Dr. Christina Mertha
Sören Pellmann (V.i.S.d.P.)

Gestaltung: Sören Pellmann

Druck: Stadt Leipzig

Das Mitteilungsblatt erscheint monatlich. Redaktionsschluss für die Nummer 4/2012 ist Donnerstag, 5. April 2012. Namentlich gezeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Falle der Meinung der Redaktion. Die Redaktion behält sich sinnerehaltende Kürzungen vor.